

## Wie steht es um das Konzept für Rostocks Klimaneutralität bis 2035

Presseanfrage der „Stadtgespräche“ an Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen

Im Dezember 2020 beschloss die Rostocker Bürgerschaft das lokale Ziel „Klimaneutralität 2035“. Im Dezember 2021 sollte ein entsprechendes ganzheitliches Konzept vorliegen. Wir haben mit einer Presseanfrage an Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen gewandt, um zu erfragen, was aus diesen Plänen geworden ist – die Antworten erhielten wir von der Mitarbeiterin der Klimaschutzleitstelle, Kerry Zander.

**KRISTINA KOEBE**

*Stadtgespräche: Vor inzwischen einem Jahr hat die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock den Beschluss gefasst, bis 2035 klimaneutral zu werden, bis Ende 2021 sollte ein entsprechendes ganzheitliches Konzept vorliegen. Wann ist mit diesem Konzept zu rechnen? Wie weit ist die Erarbeitung aktuell gediehen?*

**Kerry Zander:** Die Informationsvorlage für die Bürgerschaft ist fast fertig gestellt. Von zwei Fachämtern wird noch eine Zuarbeit erwartet. Es ist beabsichtigt, die Informationsvorlage<sup>1</sup> zur Januarsitzung 2022 der Bürgerschaft vorzulegen.

*Ist dieser Vorsatz der Klimaneutralität bereits Entscheidungsgrundlage für aktuelle Stadtplanungsprozesse? Inwieweit findet er etwa bei der Planung der Hafenerweiterung und bei der Entscheidung über die Nutzung des „Groten Pohl“ Berücksichtigung?*

An den grundsätzlichen Planungszielen wird bei beiden Vorhaben festgehalten. Im Zuge der Bebauungsplanung werden Energiekonzepte erstellt, die das Ziel der Klimaneutralität unterstützen. Die Bebauung des „Groten Pohls“ soll die klimafreundliche Entwicklung auf innerstädtischen Flächen unter Nutzung vorhandener Infrastruktur ermöglichen. Hier soll ein zentrumsnahes, attraktives Gebiet entstehen, das Wohnen, Gewerbe und öffentliche Nutzungen über kurze Wege verbindet.

*Gibt es Arbeitsroutinen, die eine Prüfung zukünftiger Vorhaben auf ihre Auswirkung auf die Klimabilanz der Stadt sicherstellt?*

Die Prüfung der Klimarelevanz von Vorhaben, die von der Stadtverwaltung der Bürgerschaft zum Beschluss vorgelegt werden, soll zu Beginn des kommenden Jahres in das Informationssystem des kommunalen Sitzungsdienstes implementiert und in einer Geschäftsanweisung verbindlich verankert werden.

*Welche Entscheidungen müssen noch getroffen werden, damit eine konsequente Arbeit an der Erreichung des Ziels möglich ist?*

---

<sup>1</sup> Hier ist wichtig zu betonen, dass eine Informationsvorlage keinerlei Konzeptcharakter hat, sondern lediglich dazu dient, die Bürgerschaft kurz und knapp über einen Status Quo in Kenntnis zu setzen, wie dieses Beispiel exemplarisch deutlich macht.



Die Stadt hat mit dem Beschluss des Masterplans „100 % Klimaschutz“ und des „Klimanotstandes“ Maßnahmenpläne vorliegen, deren Umsetzung durch den Beschluss zur Klimaneutralität bis 2035 beschleunigt werden soll. Der kommunale Wärmeplan, der im März 2022 der Bürgerschaft zur Bestätigung vorgelegt werden soll, wird ebenfalls Maßnahmen für die Umsetzung beinhalten. Mit der Bestätigung durch die Bürgerschaft wird ein Prozess der Transformation der Wärmeversorgung eingeleitet, der ein Hauptbaustein für die Erreichung der Klimaneutralität ist.

Für den Bereich Klimaschutz stellen EU, Bund und Land umfangreiche Fördermittel zur Verfügung, die die Umsetzung von Maßnahmen finanziell unterstützen können. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Stadtverwaltung und für Rostock sind bekannt und lassen eine Priorisierung von Maßnahmen zu.

Die für die Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zuständige Klimaschutzleitstelle im Amt für Umwelt- und Klimaschutz setzt ihre vorhandenen personellen Kapazitäten bestmöglich ein, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2035 zu erreichen.

*In welchem Maße ist in dem weiteren Arbeitsprozess zum Thema Bürger\*innenbeteiligung vorgesehen?*

Es ist beabsichtigt, bei Entscheidungsprozessen, die Auswirkungen auf die Einwohnerinnen und Einwohner haben, eine Beteiligung zu organisieren. Hier soll eine Zusammenarbeit mit den für Bürgerbeteiligung zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgen. Die Arbeit des Arbeitskreises Energiewende des Agenda21-Rates bietet bereits jetzt die Möglichkeit, sich in die Gestaltung des Arbeitsprozesses hin zur Klimaneutralität einzubringen. Auch der jährliche Klima-Aktionstag bietet eine niederschwellige Gelegenheit für alle, sich in den Prozess einzubringen.

### **Kommentar der Naturschutzjugend (NaJu) Rostock**

**Zur Frage 1 bzw. der Antwort darauf:** Es bleibt abzuwarten wie ernst die Stadt Rostock die Klimaneutralität bis 2035 nimmt. In genannter Bürger\*innenschaftssitzung wurde kaum über die Klimaneutralität geredet. Stattdessen hat man wieder einmal entgegen aller Klimaschutzziele ein vorgezogenes Baurecht für SIXT zum Bau auf dem Gebiet Groter Pohl ermöglicht. Jemandem, der mit grüner Politik und mit Klimaneutralität Wahlkampf macht, gewählt wird, und dann diese Versprechen so deutlich hintergeht, kann nicht mit Ernsthaftigkeit begegnet werden.

**Zur Frage 2 bzw. der Antwort darauf:** An beiden Projekten ist zu erkennen, dass es kein Umdenken in der Politikgestaltung gibt. Wir haben uns schon von Anfang an gegen die Bebauung von wertvollen innerstädtischen Grünflächen eingesetzt. Diese sind nicht nur wichtig für Klimaschutz, sondern auch für den Erhalt unserer Artenvielfalt und Biodiversität. Wir hätten uns damit notgedrungen arrangieren können, wenn dort Wohnungen für breite soziale Schichten entstanden wären. Stattdessen werden jetzt Gewerbegebäude gebaut, ohne dass dabei sonderlich wertvolle Arbeitsplätze entstehen, da diese überwiegend aus anderen Gebäuden umgelagert werden.

**Zur Frage 3 bzw. der Antwort darauf:** Bisher gibt es also keinerlei Beachtung der Klimaziele. Die öffentliche Überprüfung dieses erklärten Klimaziels ist auch für Bürgerinnen und Bürger bislang nicht möglich. Wir halten das für kontraproduktiv. Bei jeglichen Baumaßnahmen gibt es rechtlich vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen, Kartierungen etc. Auch auf der Fläche vom Groten Pohl fand schon Kartierung statt. Die Ergebnisse wurden der Öffentlichkeit nie zugänglich gemacht. Außerdem haben letztes Jahr fragliche Umsiedlungen von Amphibien stattgefunden, ohne dabei auf artgerechte neue Siedlungsgebiete zu achten. Auch das beweist die hier alltägliche Intransparenz.

**Zur Frage 4 bzw. der Antwort darauf:** Der kommunale Wärmeplan ist keine neue Maßnahme, sondern muss sowieso erfolgen. Wir sind gespannt, ob diese Maßnahmen wirklich ausreichend sein werden. Wenn man sich bisherige Maßnahmen der Stadt Rostock ansieht, liegen unsere Erwartungen nicht allzu hoch. Es fehlen Ressourcen, die Klimakrise zu bewältigen, da weder neues Personal, noch eine Aufstockung der bereitgestellten Mittel ermöglicht werden.

**Zur Frage 5 bzw. der Antwort darauf:** Der Klimakrisenaktionstag wird weder vom Rathaus organisiert, noch großartig unterstützt. Es dient dem Austausch und dem Informieren durch uns, die Umweltverbände und Interessengruppen aus Rostock. Dass das Rathaus sich hiermit profilieren will, spricht wohl für sich. Bei der Hafenerweiterung und dem Groten Pohl ist gut sichtbar, dass Bürgerbeteiligung scheinbar nicht erwünscht ist. Beim Groten Pohl wurde zwar Bürgerbeteiligung beschlossen, bisher ist aber nichts Diesbezügliches geschehen.

## **Rückfragen von Juliane, Klimaaktivistin aus Rostock**

Wenn die Beschlüsse zur Versiegelung der aktiven CO<sub>2</sub>-Senken (z.B. Groter Pohl und hafenumgebendes Moor) mit Betonflächen- und Gebäuden jetzt auf ihre Klimarelevanz geprüft werden, stellt sich die Frage, ob das besagte Energiekonzept und die vermutete Einsparung durch entfallende Verkehrswege auch nur ansatzweise die Schäden durch die Versiegelung und die CO<sub>2</sub>-Emissionen durch die graue Energie (v.A. Betonherstellung) aufwiegen können?

Die Idee, dass eine zentrumsnahe Zerstörung von CO<sub>2</sub>-Senken irgendwie für die Rostocker CO<sub>2</sub>-Bilanz besser wäre als die (potentiell dadurch verhinderte?) Zerstörung von CO<sub>2</sub>-Senken an den Außengrenzen von Rostock funktioniert doch auch nur, wenn die Mobilität der Menschen so klimaschädlich (MIV) bleibt wie heute, oder? Aber ist es nicht außerdem ein erklärtes Ziel, auch die Randbereiche der Großstädte und ländliche Regionen besser an das (klimaneutralere) öffentliche Verkehrsnetz anzubinden? Wäre dann das "Opfer" der letzten innerstädtischen Grünflächen für den "Klimaschutz" ganz umsonst gewesen?

Die spannende Frage im Zusammenhang mit der geplanten Prüfung der Klimarelevanz der Vorhaben ist also sicherlich: Wie wird diese Klimarelevanz dann berechnet?

- Wird z.B. bei Bauprojekten auch die graue Energie mit einberechnet?

- Wird z.B. ein positiver Einzeleffekt mit dem schlechten Ist-Zustand drum herum (z.B. kein gutes OPNV- und Radwegnetz) verglichen oder mit einem hoffentlich auch bald positiven Soll-Zustand insgesamt?

Und was passiert, wenn KritikerInnen kämen und die dann berechnete Klimarelevanz von Vorhaben anzweifeln?

Wer erstellt bisher die Kriterien für die versprochene Klimarelevanzprüfung?

Wäre es vielleicht auch möglich, sich daran im Vorfeld zu beteiligen / die Arbeit an den Kriterien transparent zu machen?

## **Kommentar von Rostock for Future**

Das Thema Klimaneutralität der Stadt Rostock beschäftigt uns nun schon seit Jahren. Vorab sei gesagt, dass wir hier bereits konstruktive Gespräche und Ansätze in der kommunalen Politik der Stadt Rostock

wiederfinden können. Vor allem mit dem Oberbürger:innenmeister (OB) Madsen führen wir als Rostock for Future nun schon seit einiger Zeit wiederkehrende Gespräche, die wir sehr zu schätzen wissen. Hier sind auch klimarelevante Ankündigungen seitens des OBs geschehen, die bereits umgesetzt wurden und dem Ziel der Klimaneutralität 2035 eine gewisse Substanz geben. Hierzu zählen die personelle Stärkung der Verwaltung im Bereich Radinfrastruktur oder auch der Beschluss, nur noch klimaneutrale Busse für den Öffentlichen Personen Nahverkehr anzuschaffen.

Wäre die Klimakrise eine nicht so dringende und allumfassende Thematik, könnten wir die aktuelle Politik vermutlich auch so weiterlaufen lassen. Aber uns rennt die Zeit davon! Die Klimaneutralität der Stadt Rostock sowie eigentlich ganz Deutschlands muss spätestens 2035 erreicht sein, um die Ziele des Pariser Abkommens noch einhalten zu können. Das ist für uns als Menschheit überlebenswichtig.

Von daher haben wir als Rostock for Future immer noch einiges zu sagen und zu betonen: Denn natürlich gehören auch kleinere Maßnahmen und Projekte zu einem ganzheitlichen Klimaschutz dazu. Allerdings reicht das nicht aus, um die notwendigen Ziele anzugehen. Es müssen vor allem auch die großen CO-Produzenten in der Stadt eingeschränkt werden! Solange das Kohlekraftwerk nicht vom Netz geht, solange wir nicht effektiv eine grüne Wärme- und Energieversorgung gewährleisten, sind wir nur bei Lippenbekenntnissen bezüglich der Klimaneutralität 2035. Und das können und wollen wir uns nicht leisten. Es gibt bereits den Beschluss der Bürger:innenschaft, dass Ende 2024 keine Fernwärme mehr vom Kohlekraftwerk bezogen werden soll. Hier wundert es uns, dass fast ein Jahr später immer noch keine Planung diesbezüglich seitens des kommunalen Unternehmens "Stadtwerke Rostock AG" vorliegt. Dass in dem Kontext dennoch von einer aktuell klimaneutralen Wärme gesprochen wird, obwohl diese zu 100% aus Verbrennung von Gas und Kohle stammt, lässt an der Taktik und dem Verständnis eines Klimaschutzkonzeptes zweifeln. Diese Themen sind schon so lange bekannt und auch von uns Rostock for Future angesprochen und betont, dass wir mehr Taten diesbezüglich sehen wollen und müssen. Die nun vorliegende Informationsvorlage ist nicht ganz das, was wir uns erhofft haben. Denn auch wenn sie für die Verwaltung notwendig sein mag, hieß es, dass Ende 2021 ein KlimaneutralitätsKONZEPT vorliegt und von dem scheinen wir noch weit entfernt.

Insgesamt besteht der Eindruck, dass die gesamte kommunale Verwaltung sowie die kommunalen Unternehmen die Dringlichkeit der Klimakrise und der notwendigen Zielerreichung der Klimaneutralität 2035 noch nicht nachvollziehen können und bremsend auf die notwendigen Prozesse wirken. Da Rostock bereits den Klimanotstand ausgerufen hat, ist fragwürdig wieso dies der Fall zu sein scheint. Inwieweit die Mitarbeiter:innen der Verwaltung und Ämter thematisch weitergebildet werden, um der Umsetzung des Klimaneutralitätsplan gerecht zu werden, ist uns nicht bekannt, aber von großer Relevanz. Das Gleiche gilt natürlich auch für die Bevölkerung, denn wenn kein Verständnis von und keine Akzeptanz für den notwendigen Klimaschutz vorhanden ist, werden wir immer wieder auf Hürden und Bremser:innen treffen. Zur Orientierung könnte beispielsweise die Landeshauptstadt Schwerin dienen. Auch hier sind Planungen zur Klimaneutralität 2035 in vollem Gange. Die entsprechenden Informationen rund um die Klimaneutralität werden in öffentlichen Workshops und auf einer Website für alle einsehbar aufbereitet.

Es mag auch eine große Rolle spielen, dass die personellen Ressourcen (von nur zwei Personen) in der Klimaschutzleitstelle für die umfassende Thematik in Rostock nicht ausreichend sind. Aus der Informationsvorlage wird zwar deutlich, dass hier umstrukturiert wurde, aber inwieweit das ausreichend ist, bleibt zweifelhaft. Und nicht zuletzt ist es besonders frustrierend zu verfolgen, wie kommunale Mittel in Millionenhöhe in Prestigeprojekte fließen, während Großinvestitionen in Klimaschutzmaßnahmen vergeblich gesucht werden. Wir fordern daher eine klare Priorisierung von Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen, so unter anderem den Ausbau der Ladeinfrastruktur, den

Ankauf von E-Bussen sowie den Ausbau einer klimaneutralen Wärmegewinnung im kommenden Doppelhaushalt.

Es gibt eine Vielzahl von kürzlich beschlossenen und noch geplanten Projekten, die der Klimaneutralität eher widersprechen als begünstigen. Wir begleiten auf jeden Fall weiterhin die Entwicklung des Klimaneutralitätskonzeptes, denn dieses ist dringend und zeitnah notwendig, um gemeinsam die transformativen Prozesse von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft anzugehen!

## **Kommentar von Extinction Rebellion (XR) Rostock**

Die hier angesprochene Informationsvorlage, die nicht das versprochene Konzept darstellt, ist ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und Bürger:innen entstanden. Dies geschah, obwohl verschiedene klimaaktivistische Gruppen in Rostock bereits Empfehlungen für konkrete Maßnahmen ausgesprochen haben, und somit deutlich wurde, dass ein breites Interesse und Potential in der Bevölkerung vorhanden ist.

Die Anlage zur Informationsvorlage präsentiert unter anderem die geplanten Maßnahmen zur Klimaneutralität seitens der städtischen Gesellschaften und stadtassoziierten Organisationen. Nur leider sind bei weitem nicht alle Unternehmen gelistet, was zum aktuellen Zeitpunkt absolut inakzeptabel ist. Weiterhin bleiben die Formulierungen in vielen Bereichen vage, CO<sub>2</sub>-Einspareffekte sind erst gar nicht dargestellt. Eine Abstimmung und Zusammenarbeit der Bereiche und Strukturen für die Erreichung der Mammutaufgabe Klimaneutralität ist hier nicht erkennbar. So fehlen - unter anderem - Überlegungen zur grundlegenden Neugestaltung der Mobilität in der Hansestadt, zur verstärkten Ausrichtung auf ökologisches Bauen und Energieeffizienz von Gebäuden, zur Neukonzeption des Umgangs mit dem Rostocker Baumbestand und zur Integration einer Klimabilanzprüfung in Stadtplanungsprozesse und die Entwicklungsprozesse in städtischen GmbHs und Institutionen. Auch Steuerungsinstrumente für Prozesse in der Stadt bleiben unbeachtet – dabei haben die städtischen und stadtassoziierten Institutionen in der Summe hier erhebliche Lenkungsmöglichkeiten.

Wir als Extinction Rebellion fordern, als Schlussfolgerung heraus, von der Stadt noch einmal verstärkt eine breite Bürger:innenbeteiligung, um die Klimakrise gemeinsam sinnvoll anzugehen.

Dass die Stadt hier alleine agiert, zeigt erneut, dass es noch an Verständnis für die notwendige und umfassende Transformation von Gesellschaft, Politik und Wirtschaft fehlt. Projekte wie die Hafenerweiterung lassen überdies daran zweifeln, ob die Klimakrise überhaupt verstanden wurde. Egal wie die Hafenerweiterung erfolgt: Solange dabei Moor trockengelegt und bebaut wird, feuern wir die Klimakrise, wie all die letzten Jahrzehnte, weiter an. Um ganz deutlich zu werden: Bund und Länder geben finanzielle Beträge in Millionenhöhe aus, um Moore wieder zu vernässen! Und Rostock plant jetzt, ein intaktes Moor trocken zu legen? Für eine Hafenerweiterung, im Sinne eines Unternehmens? Das ist absurd!

Das Bürger:innen in Rostock die Möglichkeit haben, sich in politische Prozesse und Diskurse einzubringen, klingt für uns leider eher nach einer Phrase. Wer nicht interessiert ist und sich aktiv informiert, weiß nicht wo oder wie. Allein Informationen über die städtische Arbeit und geplante Projekte zu erhalten, ist ein Kraftakt und beruht oft auf Kontakten zu Entscheidungsträger:innen und demnach auf internen Informationen.

Und auch die interessiertesten Bürger:innen, Fachkundigen und überzeugten Aktivist:innen werden von Intransparenz, Machtmissbrauch und Eigeninteresse ausgebremst – auch seitens der Verwaltung und Ämter, die doch bezahlt werden, um zu verwalten und umzusetzen, nicht aber dafür, Entscheidungen



„durchzuboxen“. Als Beispiel können u.a. die Planungen zur Umgestaltung des Rosengartens herhalten. Trotz mehr als 10.000 Unterschriften zur Unterstützung einer Petition gegen die Baumfällungen im Rosengarten, haben die zuständigen Ämter weiterhin versucht, die Mitglieder der Bürger:innenschaft hinter verschlossenen Türen zu beeinflussen. Auch der geplante Radschnellweg durch den Barnstorfer Wald ist von den Ämtern laut NNN Artikel über drei Jahre geplant worden - der zuständige Ortsbeirat Gartenstadt wurde nun lediglich über die Entscheidung informiert.

Das sind nur einige Beispiele über eine verfehlte Entscheidungspolitik und machen deutlich, dass auch hier in der kommunalen Politik vergessen wurde, wieso sie existiert: Für die Bürger:innen der Stadt! Für das Gemeinwohl der Bevölkerung! Hier braucht es dringend einen Dialog auf Augenhöhe. Auch wir wollen unser Interesse nicht immer nur in Protest und zivilem Ungehorsam äußern. Die politischen Bedingungen in Rostock zwingen uns jedoch dazu.

Und nicht alle Bürger:innen sind aktivistisch unterwegs. Deswegen müssen die Menschen dort abgeholt werden, wo sie stehen. Sie müssen aktiv in die Prozesse eingebunden werden, nicht anders herum! Hier betonen wir gern noch einmal unsere Forderung nach einer Bürger:innenversammlung, einem klimapolitischen Bürgerrat. Dieser Rat setzt sich zusammen aus einer repräsentativen Auswahl von Personen aus Rostock, die von Wissenschaftler:innen und Expert:innen informiert werden und mit dieser Expertise dann die Rostocker Bürger:innenschaft in der Entscheidungsfindung zu geplanten Maßnahmen beraten. Alle Informationen vollständig aufbereitet und öffentlich zugänglich zu wissen, wäre ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Natürlich unterstützen wir auch gerne bei der Planung und Umsetzung eines solchen Projektes!

Dass jetzt, im Februar 2022, das ganzheitliche Klimaneutralitätskonzept noch nicht vorliegt, obwohl dies seit Dezember 2021 der Fall sein sollte, bestärkt uns bei Extinction Rebellion Rostock, dass wir noch lauter, noch dringlicher und mahnender agieren müssen!

Die Klimakrise meistern wir nur gemeinsam, und es geht dabei um unser menschliches Überleben. Da reicht ein "bestmögliches Einsetzen", wie es in der Antwort der Stadt heißt, bei weitem nicht aus: Wir müssen das Notwendige leisten und es nicht nur versuchen!

## **Kommentar der Grünen Jugend Rostock**

Die Bürger\*innenschaft Rostock hat Klimaneutralität bis 2035 beschlossen. Für uns als junge Generation ist das nicht nur eine gute Idee, es ist essenziell für unsere Zukunft. Deswegen fordern wir als Grüne Jugend Rostock, dass jetzt auch konsequent gehandelt wird, um diese ambitionierte – und notwendige – Vorgabe wirklich zu erreichen, inklusive umfassender Konzepte, langfristiger Initiativen und echter Bürger:innenbeteiligung. Denn wir haben nicht mehr viel Zeit: Die Klimakrise ist längst da, die Konsequenzen von immer häufigeren Extremwetterereignissen bereits bedrohlich und greifbar geworden, kurzum (wenn auch schon oft gesagt), wir müssen jetzt handeln! Das gilt auch für die lokale Politik in Rostock.

Ein eher unguter Einstieg ist dafür, dass das Klimaneutralitätskonzept sich jetzt schon verspätet hat. Wir fordern, dass nun so schnell wie möglich die Informationsvorlage für die Bürgerschaft bereitgestellt und veröffentlicht wird, um gemeinsam darüber diskutieren zu können. Zudem sollten weitere Verzögerungen unbedingt verhindert werden, durch personelle Aufstockungen oder effizientere Zuständigkeitsverteilungen.

Wenn wir innerhalb von nur 13 Jahren klimaneutral werden wollen, müssen das Klimaschutzkonzept, muss der Wärmeplan ambitioniert sein. Zwar wäre der Preis eines Nicht-Handelns deutlich höher,

trotzdem werden diese notwendigen Konzepte richtig teuer sein. Teuer, und in der Umsetzung sicherlich kein Selbstläufer. Es wird zu Schwierigkeiten, Konflikten und Widerständen kommen. Nicht allen werden die notwendigen Maßnahmen gefallen, Konfliktpotential gibt es genug: Es wird Flächenkonflikte geben, Diskussionen darüber, ob beispielsweise statt eines nötigen Offshore-Windparks nicht doch lieber ein Ankerplatz vor unserer Küste entstehen sollte, wie der Hafen sich das wünscht. Auch die massiven Baumaßnahmen, die unter anderem für den starken Ausbau des Rostocker Fernwärmenetzes notwendig sind, werden nicht unbedingt überall gut ankommen.

Wir haben daher die Sorge, dass das Klimaschutzkonzept nach stolzer Präsentation in der tatsächlichen Umsetzung bei ersten größeren Widerständen versandet. Umso größer muss daher der politische Wille zur Umsetzung sein. Wir fordern, dass der Klimaschutzplan ab Tag 1 nach Beschluss mit vollem Einsatz durchgesetzt wird, ohne über die Zeit durch immer mehr Zugeständnisse verwässert zu werden. Dass das bisher nicht unbedingt der Fall ist, verdeutlichen aktuelle Beispiele der Rostocker Kommunalpolitik.

Die Diskussion um den Groten Pohl und die klimaneutrale Nutzung desselben endete in der Bürger\*innenschaft am 19.01.2022 mit der Entscheidung, dass das Unternehmen SIXT auf einer der letzten großen innerstädtischen Grünfläche bauen darf. Die ursprünglich vorgesehene Nutzung als alleiniger Platz für nachhaltige Wohnkonzepte und Schulen bzw. Kindergärten steht in Kontrast zur nun getroffenen Entscheidung. Es wurde auch in der Bürger\*innenschaft darauf hingewiesen, dass die Notwendigkeit für SIXT, sich ausgerechnet an diesem Standort anzusiedeln, nicht besteht.

Eine weitere fragwürdige Entwicklung stellt die geplante Hafenerweiterung dar, für die ein 82 Hektar großes Moor überbaut werden soll. Dass vor allem intakte Moore ideale CO<sub>2</sub>-Senken sind, ist kein Geheimnis. Sollten dann nicht diese Flächen erst recht geschützt werden? Im vorliegenden Interview wird dieser Debatte geschickt ausgewichen und allgemein auf Bebauungspläne verwiesen, die "die Ziele der Klimaneutralität" unterstützen. Auch hier sehen wir einen krassen Gegensatz zu den eigentlichen Versprechungen zur Klimaneutralität Rostocks.

All diese Fragestellungen betreffen vor allem auch uns, als junge Menschen und als Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rostock, weswegen wir eine andere, verbesserte Form der Beteiligung als sinnvoll ansehen. Warum nicht die Betroffenen schon vor Entscheidungen beteiligen, anstatt im Nachhinein bereits vollendete Tatsachen und Pläne vorzustellen, an denen nicht mehr viel gerüttelt werden kann? Eine frühzeitige Beteiligung, wie es sie beispielsweise in Bad Doberan für den B-Plan 42 gibt, wäre deutlich besser. Dies würden wir uns für unsere Stadt ebenso wünschen, denn wer kennt sich mit den Bedürfnissen und Wünschen der Allgemeinheit besser aus als eben diese Allgemeinheit?

Es braucht Tempo und Konsequenz bei der Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes, ohne dabei die Akzeptanz der Maßnahmen durch unzureichende Bürger\*innenbeteiligung zu verlieren. Claus Ruhe Madsen und die Bürger\*innenschaft müssen jetzt einlösen, was sie versprochen haben. Es ist Zeit für konsequenten Klimaschutz, denn es geht um unser aller Zukunft.